



Keine halben Sachen

Armutsbekämpfung und
Millenniums-Entwicklungsziele



Keine halbe Sachen

Armutsbekämpfung und Millenniums-Entwicklungsziele

Herausgeber:

„Brot für die Welt“,
www.brot-fuer-die-welt.de/millenniumsziele
und Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.,
www.eed.de/millenniumsziele

„Brot für die Welt“-Artikelnummer: 129 5 0040 0

Autor: Norbert Glaser-Flechschar
Mit Beiträgen von Jörg Alt SJ, Katja Breyer, Cordula Heilmann,
Wilfried Neusel, Christian Reiser

Redaktion: Thorsten Göbel, Peter Lanzet, Michelle Peña Nelz,
Jule Rode, Stefan Tuschen, Dr. Sonja Weinreich

Bildnachweis: „Brot für die Welt“: Jörg Böhling (S. 1, 9, 13), Gerd-Matthias
Hoeffchen (S. 14), Christof Krackhardt (S. 4, 7, 11, 20, 27), Thomas Lohnes
(S. 10), Christoph Püschner (S. 7), Uli Reinhardt (S. 17), Frank Schultze (S. 2)

Diagramme: The Millennium Development Goals Report 2010

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier – August 2010



Wenn Ende September 2010 die Staats- und Regierungschefs der Welt in New York zusammenkommen, steht viel auf dem Spiel. Sie werden eine Zwischenbilanz der Millenniums-Entwicklungsziele ziehen und sie müssen entscheiden, wie die Ziele in den verbleibenden fünf Jahren noch zu verwirklichen sind. Als Kirchen erwarten wir, dass sie einen mutigen Schritt hin zu einer menschenwürdigeren, gerechteren und solidarischen Weltordnung machen. Die Erfüllung der in den Millenniums-Entwicklungszielen gegebenen Versprechen ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg dahin.

Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und „Brot für die Welt“ engagieren sich als Teil der weltweiten Ökumene für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Wie, das zeigen schlaglichtartig einige Beispiele aus der Arbeit der Partnerorganisationen in aller Welt. Die Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen weist allerdings über die Millenniums-Entwicklungsziele hinaus. Sie ist von der Überzeugung geleitet, dass besonders die Armen, Ausgegrenzten und Unterdrückten unsere Nächsten sind. Im Mittelpunkt kirchlicher Solidarität mit den Armen stehen die Menschen – Männer und Frauen und ihre Gemeinschaften. Ihre Lebenschancen wollen wir stärken und ihre Möglichkeiten, für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse und eine Verwirklichung ihrer Menschenrechte einzutreten. Die biblische Verheißung, dass Alle „das Leben und volle Genüge“ haben sollen (Johannes 10, 10), ist uns Ansporn, an der Seite der Armen und Ausgegrenzten für eine gerechtere und nachhaltige Entwicklung in der Einen Welt einzutreten.

Wir freuen uns, wenn Sie diese Motivation und Ziele mit uns teilen. Die Broschüre möchte Ihnen helfen, sich mit der Bedeutung der Millenniums-Entwicklungsziele für die Anliegen kirchlicher Weltverantwortung auseinanderzusetzen und selbst aktiv zu werden. Hinweise dazu finden Sie in den Materialien, Bausteinen und Mitmachgelegenheiten. Greifen Sie das Thema auf, in Konfirmations- oder Religionsunterricht, Jugendarbeit und Gottesdiensten für September oder auch später im Jahr. Auch Ihre Stimme zählt im Kampf gegen Armut.



Landesbischof
Dr. h.c. Frank Otfried July
Evangelische Landeskirche
in Württemberg
Vorsitzender des Ausschusses
für Ökumenische Diakonie



Landesbischof
Dr. Markus Dröge
Evangelische Kirche Berlin-
Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Vorsitzender des Aufsichtsrats des
Evangelischen Entwicklungsdienstes



Der Gipfel der Vereinten Nationen zieht Bilanz

Es ist die wichtigste internationale Konferenz in diesem Jahr: Vom 20.-22. September 2010 treffen sich bei der UN-Generalversammlung Staats- und Regierungschefs aus aller Welt zum Gipfelgespräch in New York. Ihr Thema: der Stand der Umsetzung der „Millenniums-Entwicklungsziele“. Zehn Jahre ist es dann her, dass sich die UN-Mitgliedstaaten auf diese entwicklungspolitischen Ziele festlegten. Nun, mit nur noch fünf Jahren bis zur Ziellinie, stellt das Treffen die wahrscheinlich letzte Chance dar, konkret zu vereinbaren, wie die Millenniums-Entwicklungsziele noch zu erreichen sind. Die meisten Länder haben sich zu diesen Zielen bekannt, auch Deutschland. Sie erkennen damit an, dass sie eine gemeinsame Verantwortung tragen, Menschenwürde, Gerechtigkeit und Chancengleichheit weltweit zu fördern.

Im September 2000 hatte die bis dahin größte Zusammenkunft von Staats- und Regierungschefs die „Millenniumserklärung“ verkündet. 189 Mitgliedstaaten einigten sich auf zentrale Forderungen aus den Aktionsplänen und Ab-

sichtserklärungen, die bis dahin auf vielen UN-Konferenzen erarbeitet worden waren. Auf Basis der „Millenniumserklärung“ erstellte eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Vereinten Nationen (UN), der Weltbank sowie weiterer Organisationen eine Liste von acht Zielen: die Millenniums-Entwicklungsziele. Klar umrissen und mit einem eindeutigen Zeithorizont sollten sie – bis 2015 – Armut und Hunger vermindern, die Gesundheit verbessern, alle Kinder zum Schulabschluss bringen, den Umweltverbrauch reduzieren, die Gleichberechtigung von Mann und Frau vorantreiben und eine Entwicklungspartnerschaft zwischen reichen und armen Ländern anstoßen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele – unzureichend, aber notwendig

Die Ziele binden Entwicklungs- wie Industrieländer ein. Doch während die Länder des Südens präzise Vorgaben erhalten, fallen die Pflichten

” Unsere Welt besitzt das Wissen und die Ressourcen, um die Ziele zu erreichen. Dies nicht zu schaffen, wäre ein inakzeptables Versagen – moralisch wie praktisch.
UN-Generalsekretär Ban Ki-moon

Die Millenniums-Entwicklungsziele

1. Extreme Armut und Hunger beseitigen

Den Anteil der Weltbevölkerung, der von weniger als einem US-Dollar pro Tag lebt, halbieren.

Den Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, halbieren.

Vollbeschäftigung durch menschenwürdige Arbeit für alle erreichen, besonders auch für Frauen und Jugendliche.

2. Grundschulbildung für alle

Sicherstellen, dass alle Jungen und Mädchen eine Grundschulbildung erhalten.

3. Gleichstellung der Geschlechter / Rolle der Frauen stärken

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Mittelschulbildung bis 2005, auf den übrigen Ausbildungsstufen bis 2015 beseitigen.

4. Kindersterblichkeit senken

Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken.

5. Die Gesundheit der Mütter verbessern

Die Sterblichkeit von Müttern um drei Viertel senken.

Einen allgemeinen Zugang zu reproduktiver Gesundheit erreichen.

6. Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten

Die Ausbreitung von HIV/Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten stoppen und den Trend umkehren.

Bis 2010 weltweiten Zugang zu medizinischer Versorgung für alle HIV/Aids-Infizierten erreichen, die diese benötigen.

7. Ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in die nationale Politik übernehmen und die Vernichtung von Umweltressourcen eindämmen.

Das Artensterben verringern, und bis 2010 die Verlustrate signifikant drosseln.

Die Zahl der Menschen, die keinen dauerhaft sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, halbieren.

Bis 2020 die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern und -bewohnerinnen deutlich verbessern.

8. Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nicht diskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiter ausbauen. Das schließt die Verpflichtung zu verantwortungsbewusster Regierungsführung, zu Entwicklung und zur Senkung der Armut – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene – ein.

Die besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder berücksichtigen. Das beinhaltet zoll- und quotenfreien Zugang für ihre Exporte, verstärkte Schuldenerleichterungen, die Streichung aller öffentlichen bilateralen Schulden sowie eine großzügige finanzielle Unterstützung der aktiv um Armutsminderung bemühten Staaten.

Den besonderen Bedürfnissen der Binnenstaaten und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen.

Die Schuldenprobleme der Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend und wirksam angehen.

Gemeinsam mit den Entwicklungsländern menschenwürdige und produktive Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen.

Gemeinsam mit den Pharmaunternehmen lebenswichtige Arzneimittel zu erschwinglichen Preisen in Entwicklungsländern bereitstellen.

Gemeinsam mit dem privaten Sektor die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere von Informations- und Kommunikationstechnologien, verfügbar machen.

für den Norden eher unkonkret aus. Nirgends ist die Rede davon, dass er etwa seine Agrarsubventionen abbauen muss. Strukturelle Fragen wie Demokratie, weltwirtschaftliche Ungleichgewichte oder Verteilungsgerechtigkeit bleiben außen vor. Die Welternährungskonferenz von 1974 hatte sich noch vorgenommen, „dass innerhalb eines Jahrzehnts kein Kind mehr hungrig zu Bett gehen wird, keine Familie mehr um das Brot für den nächsten Tag zittern muss“. Davon ist heute nicht mehr die Rede. Seit 2000 ist die Weltgemeinschaft bereit, schon die relative Halbierung von Hunger und Armut als Erfolg zu betrachten – obwohl die Zahl der Hungernen weiter wächst. Das bedeutet Millionen zusätzlicher Todesfälle aufgrund armutsbedingter Ursachen, die politisch akzeptiert werden: bis 2015 und auch in jedem der Jahre, die folgen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele beschreiben keine umfassende Agenda der Armutsbekämpfung und schon gar kein umfassendes Entwicklungskonzept. Sie sind der kleinste gemeinsame Nenner der Entwicklungszusammenarbeit der Staatengemeinschaft. Das heißt nicht, dass sie zwangsläufig auch das Referenzsystem bilden, in dem die kirchlichen Hilfswerke ihre Arbeit verorten. Gleichwohl markieren sie Meilensteine, die auf dem Weg in eine gerechtere Zukunft überschritten werden müssen. Als umfassendster international vereinbarter Bezugsrahmen für Entwicklungsziele stellen sie eine Orientierung insbesondere für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit dar. Sie sind die Nagelprobe für deren Glaubwürdigkeit.

In den Millenniums-Entwicklungszielen drückt sich ein auf materielle Aspekte reduziertes Verständnis von Armut aus. Politische Beteiligungsrechte kommen fast nicht in den Blick. Dabei steht außer Frage, dass Armut nicht allein mit fehlendem Einkommen zu tun hat. Wesentlicher sind die Beschränkungen, die Menschen daran hindern, ihre Fähigkeiten zu entfalten, für ihre Rechte zu streiten und ein erfülltes und menschenwürdiges Leben zu führen.

Die Überwindung von Armut hat aus der Sicht der kirchlichen Entwicklungswerke vor allem mit der Überwindung von Ungerechtigkeit zu tun. Selbst wenn es gelingen sollte, die Millenniums-Entwicklungsziele zu realisieren, könnte sich an der Lebenssituation von Millionen extrem armer Menschen am Ende wenig geändert haben.

Bilanz je nach Region und Sektor sehr unterschiedlich

Wie viel ist von diesen Minimalzielen bisher erreicht worden? Nach großer Euphorie zu Beginn machte sich in den vergangenen Jahren zunehmend Ernüchterung breit: Alle Zwischenbilanzen zeigen, dass viele Länder selbst von den wenig anspruchsvollen Vorgaben noch weit entfernt sind. Um diese Tendenz zu ändern, müssten die internationale Gemeinschaft und die Entwicklungsländer in den verbleibenden Jahren deutlich an Tempo und Druck zulegen. Zum schleppenden Engagement kamen in jüngster Zeit Ernährungs-, Wirtschafts- und Finanzkrisen hinzu. Sie haben die Erfolge im Kampf gegen Hunger, Armut und Krankheit nicht nur gebremst, sondern sie teilweise umgekehrt. Die Zahl der Hungernen erreicht inzwischen den traurigen Rekord von mehr als einer Milliarde Menschen.

Die Ergebnisse in einzelnen Ländern und Bereichen sind unterschiedlich: Erfolge im Kampf gegen Armut und Hunger erzielte zum Beispiel China. Jedoch sind es auch hier nicht in erster Linie die armen Bevölkerungsschichten, die vom wirtschaftlichen Fortschritt profitierten. Häufig wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Fortschritte gibt es auch beim Zugang zu sauberem Trinkwasser und der Bekämpfung der Malaria – gerade in den ärmsten Ländern. Aber der Fortschritt verläuft höchst ungleichmäßig. Ohne zusätzliche Anstrengung werden viele Staaten die Ziele nicht erreichen.

Zivilgesellschaft und UN-Generalsekretär fordern Aktionsplan

In seinem Bericht „Keeping the Promise“ nennt UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon als Gründe für den Rückstand nicht eingehaltene Verpflichtungen, Geldmangel, fehlende Rechenschaft seitens der Regierungen und unzureichende Schwerpunktsetzung. Erfolge hätten Regierungen, die pragmatisch Politik machten und über leistungsfähige staatliche Strukturen verfügten. Das Bündnis „Deine Stimme gegen Armut“ und der „Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)“ – ihm gehören auch „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst an – verlangen von der Bundesregierung einen konkreten Aktions- und Finanzierungsplan für ihren Beitrag zur Erreichung der Ziele.



Der weite Weg zur globalen Entwicklungspartnerschaft

Die in den Millenniums-Entwicklungszielen formulierte globale Entwicklungspartnerschaft drückt aus, worum es im Kern geht: um eine gegenseitige Verpflichtung zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern, die Voraussetzungen für menschenwürdige Lebensbedingungen überall auf der Welt zu schaffen. Die Entwicklungsländer sollen die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung verbessern. Die reichen Länder helfen ihnen dabei, indem sie ihnen zum Beispiel faire Handels- und Finanzbeziehungen einräumen, sie entschulden und die Entwicklungshilfe aufstocken.

In die Formulierung der Ziele waren die Entwicklungsländer nicht einbezogen. Gleichwohl könnten die Entwicklungspartner in Nord und Süd auf der Basis des achten Zieles die herrschenden Muster der Nord-Süd-Beziehungen infrage stellen. Vom dort geforderten „offenen, regelgestützten, berechenbaren und nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystem“ ist die Welt noch weit entfernt. Zwar erkennen die Eliten der Industrieländer mittlerweile die

neue ökonomische Macht von Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien an. Wie aber die Beschlüsse der G20, der Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, zeigen, sind weder die Eliten der Industrienoch die neuen Eliten der Schwellenländer bereit, die globalen Wirtschafts-, Finanz- und Handelssysteme so zu verändern, dass die Armut nachhaltig bekämpft werden kann.

Vom 0,7-Prozent-Ziel noch weit entfernt

Bei der Finanzhilfe ist der Wille vieler Geberländer nicht erkennbar, ihre Zusagen zu erfüllen. Die Nettozahlungen an staatlicher Entwicklungshilfe (Official Development Aid, ODA) stiegen bis 2008 zwar an. Mit 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens liegen die Finanzmittel aber immer noch deutlich unter dem Zielwert von 0,7 Prozent, der bis 2015 erreicht werden soll. Dass die Zwischenschritte zur Erreichung der Quote erfüllbar sind, zeigen

Staaten wie Großbritannien mit 0,56 und Spanien mit 0,51 Prozent. Spitzenreiter sind Schweden, Luxemburg und Norwegen mit jeweils einem Prozent. Deutschland ist in absoluten Zahlen zwar drittgrößter Geber, kommt mit 0,4 Prozent aber nur auf Rang 14 der Geberliste.

Entschuldung zeigt gemischte Bilanz

Ein Erlass von ursprünglichen Schulden in Höhe von 116 Milliarden US-Dollar versetzte 35 der ärmsten und am schwersten verschuldeten Länder in die Lage, in Gesundheits- und Bildungssysteme sowie ländliche Entwicklung zu investieren. Kirchen und soziale Bewegungen konnten damit einen ihrer größten Erfolge in der Nord-Süd-Solidaritätsarbeit feiern.

Leider haben den entschuldeten Ländern auferlegte Bedingungen (wie beispielsweise Zollfreiheit für die Einfuhr von Reis und Hühnerfleisch in Kamerun) nicht selten neue Probleme nach sich gezogen. Und die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise hat eine neue Verschuldungswelle ausgelöst. Eine dauerhafte Entlastung stark überschuldeter Länder wird erst gelingen, wenn sie mit internationaler Unter-

stützung den Weg eines Staateninsolvenz-Verfahrens einschlagen können. Wo von Generation zu Generation alte Schulden mit neuen beglichen werden müssen, geht das zulasten dringend notwendiger Sozial- und Entwicklungsaufgaben.

Handels- und Finanzsystem fairer gestalten

Damit die Entwicklungsländer einen möglichst großen Eigenbeitrag leisten können, brauchen sie förderliche Rahmenbedingungen. Notwendig ist ein Handels- und Finanzsystem, das ihnen den Zugang zu den Märkten der Industrieländer ermöglicht, gleichzeitig aber ihre sensiblen lokalen Märkte und jungen Industrien vor subventionierten oder wettbewerbsstarken (Finanz-) Produkten aus den Industriestaaten schützt. Helfen würden vielen Ländern verlässliche Rohstoffpreise, stabile Finanzmärkte und strikte Regeln für die Banken gegen gefährliche Spekulation. Die Industrieländer könnten mit ihren Erfahrungen dazu beitragen, dass in den Entwicklungsländern effiziente Verwaltungsstrukturen entstehen, damit Unternehmen ihre Steuern im Lande zahlen und Kapital nicht ins Ausland entschwindet.

Die Ärmsten leben dort, wo Nahrung angebaut wird: auf dem Land

Armut bedeutet ein Leben in Sorge, Unsicherheit, Rechtlosigkeit und Entwürdigung. Armut ist sowohl Ursache als auch Folge von Menschenrechtsverletzungen. Armut ist nicht nur Mangel an Nahrung und das fehlende Dach über dem Kopf. Armut verhindert, dass Kinder eine echte Chance im Leben bekommen oder schwangere Frauen bei medizinischen Komplikationen einen Arzt aufsuchen können.

Dagegen steht die Pflicht der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, den Armen zu ihren unveräußerlichen Menschenrechten zu verhelfen.

Den Vereinten Nationen zufolge konnte der Anteil jener Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben müssen, in den vergangenen Jahren erheblich reduziert werden. Allerdings sind die regionalen Unterschiede erheblich: Das gute Gesamtergebnis des Entwick-

lungszieles, den Anteil der Armen zu halbieren, ist vor allem dem Wirtschaftswachstum in China zu verdanken. Dadurch konnten 500 Millionen Menschen der extremen Armut entfliehen. In Afrika südlich der Sahara lebten 2005 dagegen 92 Millionen mehr Menschen in extremer Armut als 1990. Die Armutsquote liegt dort weiterhin über 50 Prozent.

Vor der Wirtschafts- und Finanzkrise und den gestiegenen Nahrungsmittelpreisen war die Zahl der extrem armen Menschen von 1,8 (1990) auf 1,4 Milliarden (2005) gesunken. Doch die Krise hat die ärmsten Länder hart getroffen: Die Zahl der extrem Armen lag 2009 um 55 bis 90 Millionen höher als das vor der Weltwirtschaftskrise erwartet worden war. Zudem gefährden die Auswirkungen der Finanzkrise die Millenniumsziele auch dort, wo sich positive Trends abzeichnen haben.

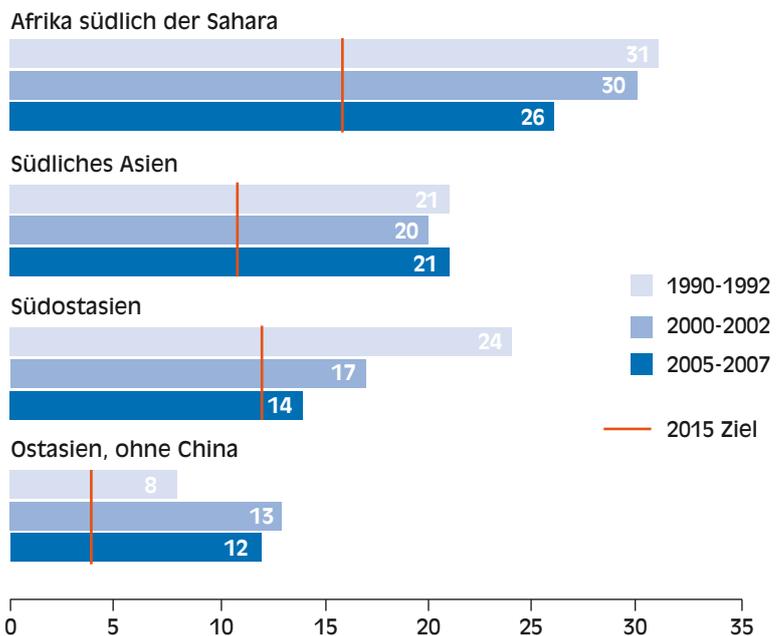


Vor allem Bäuerinnen, Viehzüchter und Fischer hungern

Das Gros der Hungernden lebt dort, wo Nahrung angebaut wird: auf dem Land. Nahezu 80 Prozent betreiben Ackerbau, Viehhaltung oder leben vom Fischfang. Allerdings ist der Zugang zu Land und anderen Ressourcen oft stark eingeschränkt oder bei Landlosen überhaupt nicht vorhanden. Die meisten der kleinbäuerlichen Betriebe wurden noch nie gefördert. Für die nationale wie internationale Agrarpolitik spielten sie in der Vergangenheit keine Rolle. Unsichere Pachtverhältnisse, fehlender Zugang zu Krediten, Agrarberatung und Märkten kennzeichnen ihre Situation. Klimawandel, wachsende Nachfrage nach Fleisch und der Verkauf von Land an ausländische Investoren werden ihre Situation weiter verschärfen. Die Politik muss dem begegnen, indem sie das Menschenrecht auf Nahrung zur Leitlinie ihres Handelns macht und die kleinbäuerliche Landwirtschaft ins Zentrum der Politik rückt.

Anteil der unterernährten Bevölkerung

(in Prozent)



Nicht Lebensmittel fehlen, sondern Kaufkraft

Höhere Produktion allein stellt nicht sicher, dass niemand mehr hungern muss. Hunger ist in erster Linie ein Einkommensproblem. Den Familien fehlt das Geld, um sich die nötigen Nahrungsmittel zu kaufen. Die Industrieländer und die von ihnen kontrollierten Institute wie die Weltbank haben in den vergangenen Jahrzehnten viele Entwicklungsländer gedrängt, ihre Agrarmärkte zu liberalisieren und Nahrungsmittel lieber „kostengünstig“ auf dem Weltmarkt zu kaufen, statt selber anzubauen. Die Folge:

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern konkurrieren auf den heimischen Märkten mit Importen, die oft erst durch Subventionen so preisgünstig sind. Agrarexporteure wie die Europäische Union erhöhten zudem in der Krise ihre Subventionen. Das drückt erheblich auf die Weltmarktpreise und bringt arme Kleinbäuerinnen und Kleinbauern anderswo um ihre Existenz.

Immer mehr Menschen werden außerdem von den herkömmlichen Mitteln der Armutsbekämpfung nicht erreicht. Sie können, beispielsweise weil sie sehr alt oder chronisch krank sind, selbst kein Einkommen erwirtschaften. Für sie braucht es solidarische Systeme sozialer Sicherheit, um das Menschenrecht auf Nahrung, soziale Sicherheit und auf einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten.

Mexiko: Kleinbauernfamilien suchen neue Einkommensmöglichkeiten



Lange konnte das Volk der Mixe von seinen landwirtschaftlichen Produkten gut leben. Doch dann kam die Kaffeekrise. Gleichzeitig strömte durch den Freihandelsvertrag mit den USA und Kanada billiger Mais nach Mexiko. Die indianischen Bauernfamilien mussten sich nach neuen Marktprodukten umsehen. Heute setzt das Volk der Mixe auf ökologischen Landbau und neue Marktprodukte. Sie haben sich an traditionelles Wissen erinnert und legen wieder Mieten an zum Kompostieren. Das schont die Natur und erspart teuren Chemiedünger. Neue Obst- und Gemüsesorten in Öko-Qualität ergänzen heute die traditionellen Produkte Mais und Bohnen, erschließen neue Märkte und erzielen höhere Erträge.

Die stabile Wirtschaft drohte im Gefolge von Kaffeekrise und ausländischem Billigmais unterzugehen. Viele Mixe kehrten ihrer Heimat den Rücken. SERMIXE („Servicios del Pueblo Mixe“) half denen, die bleiben wollten. Bäuerinnen lernten von Bäuerinnen, Bauern von Bauern. So lies sich mit wenig Geld viel erreichen. Sieben Gemeinden haben sich so vernetzt. Das wirtschaftliche Gleichgewicht im Mixe-Land soll so wiederhergestellt werden – auf höherem Niveau als zuvor.

Armut ist keine abstrakte Größe

Armut tötet, täglich und lautlos. Obwohl Nahrungsmittelpreise wieder leicht gesunken sind, können sich erstmals in der Menschheitsgeschichte mehr als eine Milliarde Menschen nicht satt essen. Jeden Tag sterben 50.000 Menschen an armutsbedingten Ursachen, die Hälfte davon Kinder. Zwei Milliarden Menschen gelten als mangelernährt. Steigende Weltmarktpreise für Nahrungsmittel in den Jahren 2007/2008 und die Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Ernährungssituation in vielen Ländern drastisch verschärft. Allein 2009 stieg die Zahl der Hungernden um 100 Millionen Menschen.

Schon davor war deren Zahl seit 1995 stetig gewachsen. Besonders schlimm sind die Trends bei den Kleinkindern. In vielen Ländern kann sich jedes dritte Kind unter fünf Jahren nicht satt essen – mit dramatischen Folgen für die körperliche und geistige Entwicklung. In Indien ist jedes zweite Kind unter fünf Jahren untergewichtig.



Vielen Frauen wird immer noch gleiches Recht verwehrt

Armut ist überwiegend weiblich. Bei jedem zweiten Kind, das vor dem fünften Geburtstag an Hunger stirbt, litt schon die Mutter Hunger. Untersuchungen zeigen, dass es einen engen Zusammenhang gibt zwischen Hunger und Geschlechterdiskriminierung. Es ist deshalb vordringlich, die Lage der Frauen in den betroffenen Ländern zu verbessern.

Bei der Gleichstellung der Frauen gibt es wenig Hoffnung, dass das Ziel bis 2015 auch nur annähernd erreicht wird. Nach wie vor werden Frauen durch soziale und kulturelle Normen, Traditionen und Machtstrukturen benachteiligt. 70 Prozent der Armen sind Frauen. Frauen arbeiten meist in der Landwirtschaft, in prekären Beschäftigungsverhältnissen, als mit-helfende Angehörige oder Selbständige. Hoffnungsvoll stimmen die wachsenden Chancen, außerhalb der Landwirtschaft eine Beschäftigung zu finden. Was bleibt, sind deutliche

Unterschiede beim Lohn. Viele Frauen arbeiten in schlecht bezahlten Positionen. Andere wären froh, überhaupt eine bezahlte Stelle zu haben.

Anteil von Frauen in Parlamenten

(in Prozent)

Industrieländer



Entwicklungsländer



Welt



0 5 10 15 20 25

Erfahrung und Kreativität bleiben ungenutzt

Laut dem dritten Millenniumsziel sollen 2015 ebenso viele Mädchen wie Jungen die Schule besuchen. Aber noch immer sind 70 Prozent der 130 Millionen Kinder, die nicht in die Schule gehen, Mädchen. Immerhin: Die Kluft zwischen den Geschlechtern wird geringer. Dabei fällt auf: je höher die Schulebene, umso weniger Mädchen trifft man an.

Die Diskriminierung von Frauen und Mädchen schwächt die Möglichkeiten der Hälfte der Mitglieder einer Gesellschaft, sich wirtschaftlich, sozial und kulturell frei zu entfalten und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wirtschaftliche Potenziale wie Kreativität, Erfahrungen und Schaffenskraft bleiben so ungenutzt.

Familienplanung bleibt ausgespart

Sexuelle und reproduktive Gesundheit, also körperliches und seelisches Wohlbefinden in Sexualität und Fortpflanzung, ist auch nicht annähernd umgesetzt. In vielen Ländern haben Frauen und Paare nicht die Möglichkeit, zu bestimmen, ob und wann sie Kinder haben möchten. In der Debatte über gleiche Chancen

für Frauen bleibt Familienplanung häufig ausgespart. Verhütungsmittel sind oft aus religiösen oder traditionellen Gründen verboten, zu teuer oder nicht verfügbar. Die geschlechtsspezifische Diskriminierung hindert viele Frauen und Mädchen daran, medizinischen Rat und Hilfe in Anspruch zu nehmen. Mädchen heiraten oft sehr früh. Viele bekommen ihr erstes Kind im Teenageralter. Hätten sie die Möglichkeit, weiter zur Schule zu gehen, sähe ihre Lebensplanung anders aus. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Kinder ist weit verbreitet. Sie ist vielerorts tabuisiert. Erst langsam beginnt man darüber zu sprechen.

Frauen in der Politik

Auch die Beteiligung von Frauen in der Politik kommt nur langsam voran. Zwar wächst die Zahl weiblicher Abgeordneter in den Parlamenten. Jedoch sind die Staaten weit davon entfernt, tatsächlich ausgewogene Verhältnisse zu erreichen. Inzwischen nehmen Frauen jeden fünften Parlamentssitz ein. Zum Vergleich: Im Jahr 2000 betrug die Quote elf Prozent. Als Vorbild gilt Ruanda. Hier waren im Jahr 2008 56 Prozent der Abgeordneten weiblich.

” Männer und Frauen waren krank, weil sie arm waren, und sie wurden noch ärmer, weil sie krank waren und kränker, weil sie ärmer waren.

Charles-Edward Amory Winslow,
US-amerikanischer Bakteriologe
und Pionier des öffentlichen
Gesundheitswesens

Schützt das Leben der Mütter

Zwei Indikatoren gelten als besonders aussagekräftig für die Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft: Kinder- und Müttersterblichkeit. Erst in jüngster Zeit gelangte Müttergesundheit auf die globale Agenda. Die Müttersterblichkeit sollte zwischen 1990 und 2015 um drei Viertel sinken. Doch de facto verzeichnet dieses Entwicklungsziel die geringsten Erfolge unter allen Zielen.

Die Müttersterblichkeit ist zwar weltweit gesunken, in den Entwicklungsländern um ein Drittel. Das ist jedoch noch viel zu wenig: In den armen Ländern sterben noch immer durchschnittlich 450 Frauen pro 100.000 Geburten. Zum Vergleich: In Deutschland sind es acht von 100.000. Mehr als 30 Millionen Frauen tragen chronische Krankheiten und Behinderungen davon, die durch medizinische Behandlung in der Schwangerschaft und bei der Geburt hätten verhindert werden können.

Risiko Schwangerschaft

Viele Frauen haben keinen Zugang zu Ärztinnen und Hebammen. In Südasien und Afrika südlich der Sahara findet die Hälfte der Geburten ohne fachliche Begleitung statt.

In einigen Regionen sind Komplikationen bei der Geburt die Haupttodesursache für Frauen im gebärfähigen Alter. Besonders hoch ist das Risiko für junge Frauen. Nahezu alle Krankheits- und Todesfälle könnten durch bessere Ernährung, höheres Einkommen, Zugang zu Familienplanung und integrierte Gesundheitsfürsorge mit fachkundiger Betreuung vor und während der Geburt verhindert werden.

Die Hälfte der schätzungsweise bis zu 400.000 Frauen, die 2008 bei oder kurz nach der Entbindung gestorben sind, kamen aus sechs Ländern: Indien, Nigeria, Pakistan, Demokratische Republik Kongo, Äthiopien und Afghanistan.



Äthiopien: Bessere Versorgung rettet das Leben von Müttern

Gesundheitsdienste stärken

Jahrzehntlang hat die internationale Gemeinschaft nicht genügend in Gesundheit in den Entwicklungsländern investiert. Erst in den vergangenen Jahren und auch durch die Diskussion um die Entwicklungsziele erkannte sie an, dass hier deutlich mehr geschehen muss. Zwar haben sowohl Entwicklungs- als auch Geberländer die Ausgaben für Gesundheit erhöht. Doch reichen die Mittel nicht aus, um die Defizite auszugleichen und die Benachteiligten und Armen angemessen zu versorgen. Zudem bedroht die globale Finanz- und Wirtschaftskrise den Fluss von Gebermitteln.

Gesundheit ist wichtig, damit Entwicklung überhaupt stattfinden kann. Gesundheit ist ein Menschenrecht. Alle Menschen müssen unabhängig von ihrer finanziellen und sozialen Lage, ihrem Wohnort, des Geschlechts oder der

ethnischen Zugehörigkeit Zugang zu Gesundheitsdiensten haben. Und sie müssen in einem Umfeld leben, das Gesundheit fördert, in dem sie ausreichend zu essen haben und das sie nicht krank macht.

Die Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Gebiete in Äthiopien werden medizinisch oft nicht oder nur sehr schlecht versorgt. Viele Kinder erleben ihren fünften Geburtstag nicht. Die Müttersterblichkeit gehört mit zu den höchsten der Welt. Die äthiopische Kirche „Ethiopian Evangelical Church Mekane Yesus“ – sie betreibt über ihr Entwicklungsprogramm 14 Gesundheitseinrichtungen, ein Krankenhaus und eine Krankenpflegeschule – sieht dem nicht tatenlos zu.

Sie betreut Schwangere vor und nach der Geburt und unterstützt sie bei der Geburt medizinisch fachgerecht. Für Risikogeburten richtet das Programm eigene Warteräume ein. Schwangere werden zu HIV/Aids beraten und können sich kostenlos testen lassen. Kleinkinder erhalten mehr medizinische Betreuung. Parallel dazu werden Krankenschwestern, Ärzte und Ärztinnen im Krankenhaus und in den Gesundheitsstationen weitergebildet und zusätzliche Hilfspflegerkräfte ausgebildet.

www.eecmy.org

Für viele Arme ist das Recht auf Gesundheit verletzt

Wer sein Leben bewältigen, seine Kenntnisse entwickeln und Gebrauch von ihren oder seinen Fähigkeiten machen will, ist darauf angewiesen, gesund zu sein. Drei der acht Millenniums-Entwicklungsziele streben direkt eine bessere Gesundheit an, die anderen fünf wirken sich indirekt positiv auf die Gesundheit aus.

Der Evangelische Entwicklungsdienst und „Brot für die Welt“ orientieren sich in ihrer Arbeit am menschenrechtlichen Gebot, wonach

alle Menschen teilhaben müssen an den Fortschritten der medizinischen Forschung. Noch immer aber sterben jedes Jahr Millionen Menschen an vernachlässigten Armutskrankheiten wie Tuberkulose und Tropenkrankheiten wie Malaria. Eine mehrfache Zahl trägt dauerhafte gesundheitliche Schäden und Behinderungen davon. Oft fehlt es einfach am Zugang zu lebensnotwendigen Arzneimitteln.

Weltgemeinschaft muss Programme gegen HIV/Aids ausweiten

Das sechste Millenniumsziel strebt an, bis 2015 Malaria, HIV/Aids und andere Krankheiten einzudämmen. Davon ist die Staatengemeinschaft jedoch noch weit entfernt. Weltweit haben 33 Millionen Menschen eine HIV-Infektion. Mit 67 Prozent leben die meisten HIV-Infizierten in den Ländern Afrikas südlich der Sahara.

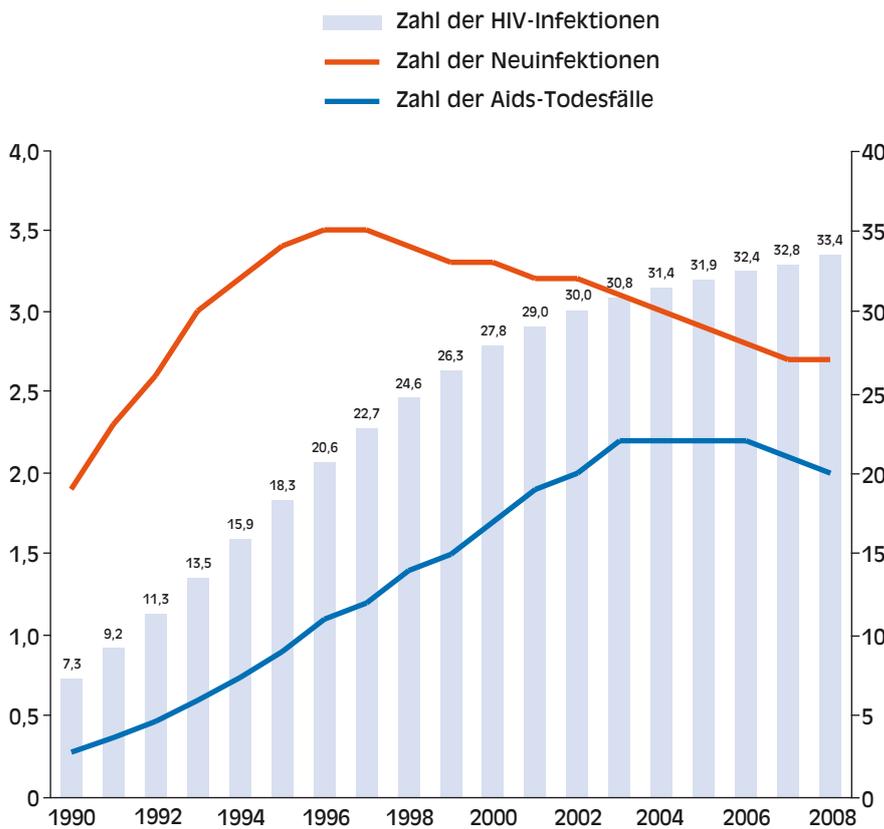
Die Zahl der Neuinfektionen geht zwar seit einigen Jahren leicht zurück, liegt jedoch immer noch bei 2,7 Millionen Menschen jährlich. Gleichzeitig steigen die Infektionsraten in manchen Regionen (Osteuropa, Zentralasien) weiter an.

Die Zahl der Todesfälle durch Aids ist rückläufig dank lebensverlängernder Behandlungen. Es sterben aber immer noch etwa zwei Millionen Menschen jährlich.

Bis zum Jahr 2000 hatten nur wenige Betroffene in den Entwicklungsländern Zugang zu Aids-Behandlung. Mittlerweile sind es mehr als 40 Prozent. Das heißt aber auch: 60 Prozent der HIV-infizierten Menschen in den Entwicklungsländern bekommen keine lebensverlängernde medizinische Behandlung. Der versprochene „Zugang für Alle zu HIV-Prävention und Behandlung“ wird nicht erreicht. Auf zwei Personen, die eine antiretrovirale Behandlung beginnen, kommen fünf neue Fälle von HIV. Durch die Finanzkrise werden jedoch die Gelder knapp. Wird nicht gegengesteuert, werden die Todesraten wieder ansteigen. Gleichzeitig müssen die Regierungen die HIV-Prävention in den nächsten Jahren dringend ausbauen.

Zahl der HIV-Infektionen, Neuinfektionen und Aids-Todesfälle

(in Millionen)





Frauen als Betroffene von HIV/Aids

Die Diskriminierung von Frauen hat in vielen Ländern dazu geführt, dass Frauen überproportional häufig von HIV/Aids betroffen sind. Sie können sich nicht vor einer Infektion schützen. In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara stellen Frauen 60 Prozent der HIV-Infizierten.

Die Ausbreitung von HIV/Aids lässt auch die Müttersterblichkeit nicht so sinken, wie es möglich wäre. Viele HIV-positive Frauen haben durch ihr geschwächtes Immunsystem ein größeres Risiko während der Schwangerschaft.

45 Prozent der HIV-positiven Schwangeren erhalten inzwischen Medikamente, um zu verhindern, dass HIV auf das Kind übertragen wird. Ihre Zahl stieg in den vergangenen Jahren, aber viel zu langsam. Es muss dringend erreicht werden, dass alle HIV-positiven Schwangeren diese Medikamente erhalten, damit kein Kind mehr HIV-positiv auf die Welt kommt.

Kambodscha: Leben mit HIV/Aids

Für einen vorurteilsfreien Umgang mit HIV/Aids-Betroffenen setzt sich das „Salvation Center Cambodia“ (SCC) erfolgreich ein. Möglich macht das die enge Zusammenarbeit mit buddhistischen Nonnen und Mönchen. Diese beraten vor Ort, klären auf und kümmern sich um die Betroffenen und deren Familien. Seminare für Behördenvertreterinnen und -vertreter sowie andere Multiplikatoren sind ein weiteres Arbeitsfeld. Beides zusammen hat dazu beigetragen, dass Menschen mit HIV/Aids weniger diskriminiert und regelmäßiger und besser medizinisch versorgt werden, und dass die Zahl von Neuinfektionen sinkt.

Nun konzentriert sich das SCC darauf, die Eigeninitiative der Betroffenen zu stärken. Der medizinische Fortschritt allein reicht nicht. Da jetzt mehr Menschen behandelt werden, steigt ihre Lebensdauer an und sie können sich eine neue Lebensperspektive aufbauen. Das ist an sich ein großer Fortschritt, doch es ist nicht einfach, neue Möglichkeiten des Gelderwerbs zu finden. Angesichts seines Erfolgs hat das Kulturministerium das SCC gebeten, auch buddhistische Mönche und Nonnen in anderen Provinzen auszubilden. Mönche und Nonnen spielen in dem buddhistischen Land traditionell eine wichtige Rolle in den Gemeinden.

www.scc-cambodia.org

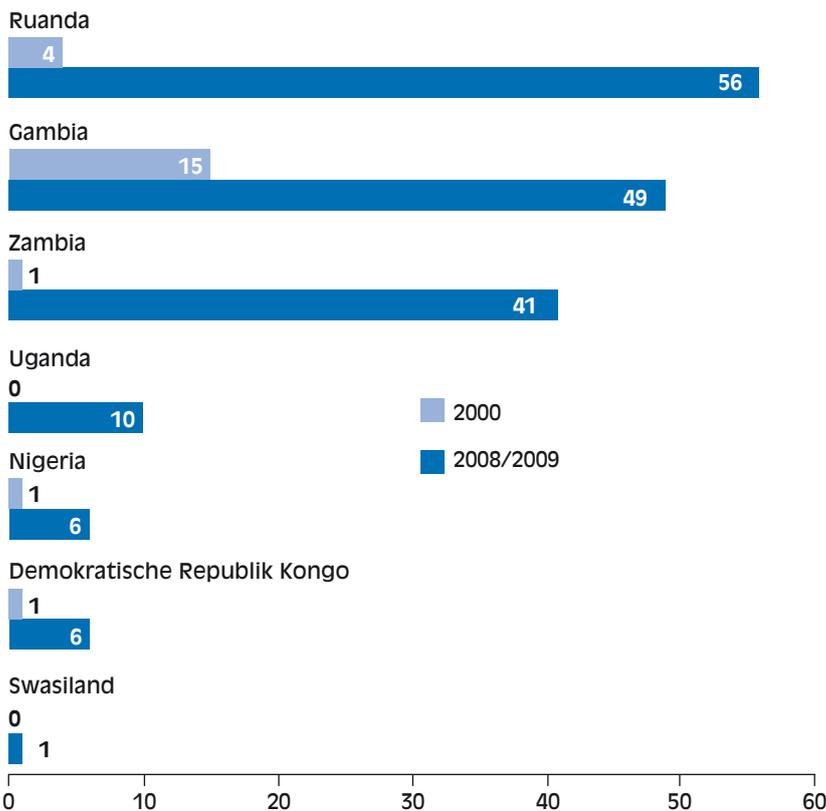
Malaria trifft vor allem Kinder

Neue Aufmerksamkeit erhielt dank der Millenniumsziele die Malaria. Wie die Tuberkulose ist sie eine typische Krankheit der Armen. Jedes Jahr sterben eine Million Menschen daran, mehrheitlich Kinder unter fünf Jahren. Viele Länder sind nur mangelhaft für die Prävention und Behandlung ausgerüstet. Oft fehlt es an medizinischer Versorgung, Medikamenten und Vorbeugung. Durch zusätzliche Finanzmittel und ein größeres Engagement konnten in den vergangenen Jahren etliche Fortschritte im Kampf gegen die Malaria erzielt werden. So wurden in den Risikogebieten imprägnierte Moskitonetze verteilt. Sie schützen vor allem Schwangere und Kinder. Die Erfolge sind allerdings noch zu gering, um dauerhaft eine Umkehr einzuläuten. Doch das Beispiel zeigt: Mit dem entsprechenden politischen Willen lassen sich Erfolge erreichen.

Um lebensnotwendige Arzneimittel für alle Kranken zur Verfügung stellen zu können, muss die Pharmaindustrie ihren Beitrag leisten. Das Aktionsbündnis gegen AIDS, dem auch „Brot für die Welt“ und der EED angehören, fordert, dass die pharmazeutische Industrie auf ihre Patente in armen Ländern verzichtet oder die Preise für Medikamente senkt. Das Patentsystem muss so verändert werden, dass es den armen Ländern Zugang zu Arzneimitteln gewährt. Die Bundesregierung ist aufgefordert, mehr öffentliche Gelder in die Erforschung von vernachlässigten Krankheiten zu investieren, die die Armen betreffen.

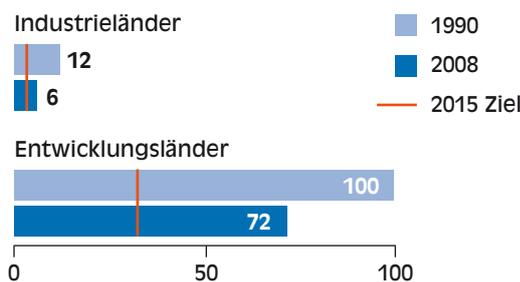
Kinder, die unter einem Moskitonetz schlafen

(in Prozent)



Sterblichkeit von Kindern bis zum 5. Lebensjahr, bezogen auf 1.000 Geburten

(in Prozent)





Der Mensch ist Teil der Natur

Das siebte Entwicklungsziel will die Umwelt schützen, das Artensterben reduzieren und Wasser- und Sanitärversorgung sowie die Lebensbedingungen von Slumbewohner/innen verbessern. Verglichen mit den Einsichten, die acht Jahre zuvor in Rio de Janeiro die „Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung“ geprägt hatten, fällt das Ziel weit zurück. Der „Erdgipfel“ wollte mit nachhaltigen Konsum- und Produktionsweisen die Grundlagen legen, dass wirtschaftlicher Fortschritt künftig in Verbindung mit dem Schutz der Umwelt erfolgt. Dagegen belässt es das schwächste der Millenniums-Entwicklungsziele bei nachhaltiger Entwicklung und Artenvielfalt. Der Klimawandel spielt keine Rolle, obwohl er offenkundig ist. Dabei gehörte die Klimarahmenkonvention zu den drei in Rio verabschiedeten Abkommen.

Herausforderung nachhaltige Entwicklung

Wie wenig sich in Richtung Nachhaltigkeit getan hat, zeigt ein Blick auf den Kohlendioxid ausstoß. Die CO₂-Emissionen sind seit 1990 weltweit weiter gestiegen. Anteilig den größten Zuwachs hatte Ostasien, wo sich – von einem niedrigen Niveau ausgehend – die Emissionen zwischen 1990 und 2006 verdoppelt haben. China ist zum größten Emissionsverursacher weltweit geworden. Dennoch stoßen die Industrieländer immer noch mehr als die Hälfte des CO₂ weltweit aus. Der Norden ist bislang seiner Verantwortung nicht nachgekommen, die Emissionen zu reduzieren. Nach dem Kopenhagener Klimagipfel im Dezember vergangenen Jahres scheint eine Begrenzung des Klimawandels auf maximal zwei Grad zusätzlich kaum noch erreichbar.

Die Ärmsten leiden am meisten

Unter den Folgen des Klimawandels leiden jene am meisten, die am wenigsten zu ihm beitragen: die Armen. Das Klima zu schützen und sich anzupassen, wo Veränderungen nicht aufzuhalten sind, ist für sie überlebenswichtig. Die Folgen des Klimawandels in Landwirtschaft, Wasserversorgung und Gesundheit sind vielerorts schon heute unübersehbar. So erreichen Malaria-Moskitos durch die steigende Temperatur mittlerweile auch Gebiete, die früher malariafrei waren. Dürreperioden und Niederschläge verschärfen die kritische Ernährungssituation.

Familien aus dem ländlichen Raum, die weltweit den Großteil der Grundnahrungsmittel produzieren – in Afrika sind das 80 Prozent – müssen ihre Verletzlichkeit gegenüber Wetterextremen ebenso wie gegen den langsamen Wandel von Niederschlägen, Verdunstung und Temperatur verbessern können. Frauen, häufig die Ernährerinnen in den Familien, leiden besonders unter den Folgen. Sie müssen zum Beispiel längere Wege auf sich nehmen, um das nötige Trinkwasser zu beschaffen.

” Wir nehmen permanent Kredite auf die Zukunft auf.

Ottmar Edenhofer, Leiter des Potsdam Institut für Klimaforschung, zur Atmosphärenverschmutzung

Bangladesch: Küstenbewohner/innen bereiten sich auf Klimawandel vor

Kalabogi ist ein Dorf nicht weit entfernt vom Golf von Bengalen. Die Menschen leben vom Wasser, mit dem Wasser – und trotz des Wassers. Hier, im Süden von Bangladesch, machen sich die Folgen der Erderwärmung schon jetzt bemerkbar. Überschwemmungen und Wirbelstürme suchen das Dorf heim. Durch den ansteigenden Meeresspiegel gelangt Salzwasser bis auf die Felder. Im Untergrund macht eindringendes Meerwasser die Brunnen unbrauchbar. Die Organisation PRODIPAN hilft den Betroffenen, sich an die Klimaveränderungen anzupassen.

Regelmäßig besuchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von PRODIPAN die Dörfer und klären ihre Bewohner darüber auf, warum sich ihre Lebensumstände so verändert haben und was sie dagegen tun können. Seitdem verzichten viele Dorfbewohner/innen darauf, die Bäume des nahegelegenen Mangrovenwaldes zu fällen. Der Küstenbewuchs schützt das Dorf vor Wirbelstürmen. Kleinkredite eröffnen neue Chancen. Mit den Minidarlehen baut sich manche Familie eine alternative Einkommensquelle zu Holzeinschlag, Reisanbau oder Fischfang auf, etwa eine kleine Süßwassergarnelenzucht.

Arme Länder brauchen mehr Geld für Klimaanpassung

Die Weltbank beziffert den Anpassungsbedarf der ärmeren Länder an das sich verändernde Klima bis 2050 auf 75 bis 100 Milliarden US-Dollar jährlich. Andere Studien ermitteln deutlich höhere Kosten. Die Industrieländer sagten in Kopenhagen verbindlich zu, für die Jahre 2010 bis 2012 30 Milliarden neue und zusätzliche Mittel bereit zu stellen. Wie eine jährliche Summe von 100 Milliarden US-Dollar erreicht werden kann, ist ungeklärt. Entscheidend ist außerdem, dass die Klimagelder zusätzlich zu den Verpflichtungen der Entwicklungszusammenarbeit sind. Deutschland hatte zugesagt, für den Zeitraum 2010 bis 2012 jährlich bis zu 420 Millionen Euro beizusteuern. Im Haushalt 2010 sind nur 70 Millionen wirklich neu und zusätzlich.

Ein überholtes Wirtschaftsmodell auf Nachhaltigkeit umstellen

Die Welt braucht ein arbeitsfähiges internationales Klimaschutzabkommen und den konsequenten Einstieg in eine globale Politik der Energieeffizienz und der Förderung erneuerbarer Energien. Stattdessen liegen die alten und neuen Industrieländer miteinander in einem grotesken Wettstreit um die günstigsten Rohstoffe, die höchste Produktivität, die stärkste Exportkraft, die niedrigsten Herstellungskosten und die geringste Aufmerksamkeit für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Mit dem Aufstieg von China, Brasilien, Südafrika und Indien geht in den Industrieländern die Angst vor dem wirtschaftlichen Abstieg um. Und die Schwellenländer wollen keine Abstriche beim Wirtschaftswachstum hinnehmen – auch nicht, um den Klimawandel aufzuhalten. Wo die Politik auf Exportorientierung und Weltmarktintegration setzt und Armutsbekämpfung in erster Linie als technische Herausforderung begreift, spielen ein gerechter Ausgleich zwischen Nord und Süd, Armut, Klimawandel, Ernährungssicherung oder Energieknappheit allenfalls eine untergeordnete Rolle.

Zivilgesellschaft und kirchliche Entwicklungswerke fordern konkreten Fahrplan

Die Welt muss gerechter werden! Die bisherige Bilanz der Millenniums-Entwicklungsziele ist ein Armutszeugnis für die Regierungen der reichen Länder. Sie machen weder Zugeständnisse in der Handels- und Finanzpolitik noch stellen sie die nötigen Gelder bereit, um die Armut zu bekämpfen. Die Welt braucht einen Rahmen für internationales wirtschaftliches Handeln, der allen Menschen eine Chance gibt, sich aus der Armut zu befreien.

Die Ursachen endlich angehen

Armut lässt sich nur verringern, wenn die Ursachen umfassend bekämpft werden. Internationale Abkommen verpflichten die Staaten, die Menschenrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sichern und ihnen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Nahrung zu ermöglichen. Ohne diese Voraussetzung lässt sich Armut nicht wirksam reduzieren. Doch damit ist es nicht getan. Gefordert sind auch die Regierungen vieler Entwicklungsländer. Sie müssen ihre nationale Politik vor allem darauf ausrichten, die Rechts- und Lebenssituation der armen Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Der in vielen Entwicklungsländern vorhandene Ressourcenreichtum muss ohne Abstriche in die Entwicklung der Länder fließen. Schlechte Regierungsführung und Korruption verhindern das jedoch häufig.

Ohne konkreten Fahrplan geht es nicht

Um möglichst viele der Millenniumsziele doch noch bis 2015 zu erreichen, unterstützt das weltweite Bündnis „Deine Stimme gegen Armut“ die Forderung von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon nach einem Aktionsplan. Das Treffen der Staats- und Regierungschefs in New York vom 20. bis 22. September 2010 bietet die Chance zu einer Trendwende bei der Bekämpfung der Armut, wenn sich die Staaten dort auf verbindliche Ergebnisse und Maßnahmen einigen können. Im Sozialpakt der Vereinten Nationen haben sich 146 Länder verpflichtet, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ihrer Bürger/innen zu garantieren. Der EED und „Brot für die Welt“ plädieren des-

halb dafür, dass die Verwirklichung von Menschenrechten in den Aktionsplänen zur Realisierung der Millenniums-Entwicklungsziele künftig eine größere Rolle spielt. Alle Staaten müssen konkrete Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Pläne und Aktivitäten zur Armutsbekämpfung mit ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen übereinstimmen. Betroffene Bevölkerungsgruppen müssen an Konzeption und Umsetzung von Politikmaßnahmen besser beteiligt werden. Würden alle Staaten (wie es der Sozialpakt vorsieht) das Maximum der verfügbaren Ressourcen einsetzen, um den am gesellschaftlichen Rand stehenden Gruppen zu ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten zu verhelfen, wäre die Weltgemeinschaft bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele schon weiter.

„Brot für die Welt“ und der EED unterstützen die Empfehlung des Bündnisses „Deine Stimme gegen Armut“ und die Forderung des UN-Generalsekretärs nach einem Aktionsplan für die Millenniums-Entwicklungsziele. Auch die Bundesregierung muss sagen, wie sie zum Kampf gegen die Armut und zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragen will. Hilfreich wäre ein Maßnahmenkatalog für die verbleibenden fünf Jahre. Er sollte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit konsequent an der Bekämpfung der Armut ausrichten. Außerdem müsste er sicherstellen, dass alle für die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele relevanten Politikfelder dazu beitragen und andere Ministerien nicht die Bemühungen der Entwicklungspolitik konterkarieren. Die umfassende Einbeziehung der Menschenrechte in den Prozess zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und die Bereitstellung der Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, wie sie unter anderem von der Europäischen Union vereinbart wurde, wären weitere wichtige Elemente. Die Finanztransfers zum Schutz des Klimas und der Eindämmung der Folgen der Klimaänderung müssen sich an der Bekämpfung der Armut ausrichten und soziale Grundsicherung als Instrument der Armutsbekämpfung weiter ausbauen.



Mit Blick auf das Hauptziel, Hunger und Armut zu bekämpfen, sprechen sich der EED und „Brot für die Welt“ dafür aus, die ländliche Entwicklung zu stärken und die gemeinsame EU-Agrarpolitik international verträglich zu gestalten. Deutschland und die EU müssen ihre Blockadepolitik in der Handelspolitik überdenken, die Agrarforschung ausbauen und am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren, sowie dazu beitragen, eine effektive Steuerung der globalen Ernährungssicherheit zu etablieren.

Finanztransaktionssteuer kann Geld für Entwicklungsziele bereitstellen

Weltweit kämpfen zivilgesellschaftliche Gruppen seit Jahren für die Einführung einer Umsatzsteuer auf Börsen- und Spekulationsgeschäfte. Die von den evangelischen Entwicklungswerken mitgetragene Kampagne „Steuer gegen Armut“ hat die politische Diskussion weit vorangebracht.

Nun wollen auch die Regierungen in Deutschland und den anderen EU-Ländern in jeweils unterschiedlicher Form eine Finanztransaktionssteuer einführen. Sie soll ihre Haushaltsdefizite senken. Für Kirchen, Entwicklungswerke, Gemeinden, Gruppen und Engagierte bedeutet das: Sie müssen noch stärker zum Ausdruck bringen, dass aus dieser Steuer ausreichende Mittel für die Überwindung von Hunger und Armut fließen.

Ganzheitliche Wohlstandsmodelle sind nötig

Das westliche Zivilisationsmodell steckt in einer tiefen Krise. Ernährungs-, Energie-, Klima- und Finanzkrise verknüpfen sich auf fatale Weise. Doch Krisen eröffnen immer auch die Chance, den Kurs zu ändern und einen neuen Weg zu beschreiten. „Die Regierungen und Gesellschaften sind aufgefordert, sich über die Grundlagen und Perspektiven einer menschenwürdigen, freien, gerechten und solidarischen Weltordnung zu verständigen“, betont die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in einer Stellungnahme. Die in Deutschland politisch Verantwortlichen sollen die im Rahmen der Millenniumserklärung gegebenen Zusagen einhalten. Die UN-Generalversammlung zu den Millenniums-Entwicklungszielen im September eröffnet die vielleicht letzte Chance, einen internationalen politischen Impuls für die Erreichung der Ziele in den verbleibenden fünf Jahren zu setzen. Eine konsequente Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele wäre ein glaubwürdiger Nachweis, dass die internationale Staatengemeinschaft willens und in der Lage ist, die Globalisierung sozial und ökologisch verantwortlich zu gestalten. Schon jetzt muss deshalb über das Jahr 2015 hinaus gedacht werden. Nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit, sondern alle Politikbereiche in Deutschland müssen konsequent am Leitbild einer global zukunftsfähigen und gerechten Entwicklung ausgerichtet werden.

Gelegenheiten zum Mitmachen: auch Deine Stimme zählt gegen Armut

Gewerkschaften, Kirchen und Verbände haben sich weltweit in der Kampagne „Global Call to Action Against Poverty“ organisiert. Die dazugehörige deutsche Initiative „Deine Stimme gegen Armut“ wird von vielen Prominenten unterstützt, darunter Herbert Grönemeyer, Silbermond, Bono, Sportfreunde Stiller, die Fantastischen Vier, die Toten Hosen und Bob Geldof.

„Deine Stimme gegen Armut“

c/o VENRO Büro Berlin
Chausseestr. 128/129, 10115 Berlin
Telefon: 030 / 24 63 21 05
deinestimmegegenarmut@venro.org
www.deine-stimme-gegen-armut.de

Die UN-Millenniumkampagne spricht die Bürgerinnen und Bürger direkt an und animiert sie zum Engagement. Ihr Arbeitsmotto „Informier Dich, Schau hin, Mach mit, Sag's weiter“.

UN-Millenniumkampagne in Deutschland

Hermann-Ehlers-Straße 10, 53113 Bonn
Telefon: 0228 / 8 15 22 76
info@un-kampagne.de
www.un-millenniumkampagne.de

Gemeinsam organisieren die UN-Millenniumkampagne und „Deine Stimme gegen Armut“ Stand Up-Aktionen. Im vergangenen Jahr beteiligten sich etwa 173 Millionen Menschen in mehr als 120 Ländern. Das verschaffte der Aktion nicht nur einen Eintrag im Guinness-Buch der Rekorde, sondern auch eine große politische Symbolkraft. In diesem Jahr wird der „Stand Up“ unter dem Motto „Stand Up, Take Action, Make Noise for the MDGs 2010“ im Vorfeld des Gipfels in New York stattfinden.

Stand Up-Aktionen

www.stell-dich-gegen-armut.de

Auf internationale Handelsabkommen konzentriert das „Aktionsbündnis Gerechter Welthandel“ seine Arbeit. Unter dem Motto „Bringt Euch ins Spiel. Globalisierung muss gestaltet werden“ unterstützt es kreative Protestformen wie Stadtpaziergänge, Großpuppeneinsätze, Fotoaktionen sowie Bildungsveranstaltungen und hilft beim Vernetzen von Gruppen.

Aktionsbündnis Gerechter Welthandel

Trägerverein Gerechter Welthandel e. V.
z. H. Oliver Heinen
Raentalshöhe 33, 56073 Koblenz
Telefon: 0261 / 98 88 624
oliver.heinen@gerechter-welthandel.de
www.gerechtigkeit-jetzt.de

Im „Aktionskreis UN-Millenniumziele“ in Rheinland-Pfalz arbeiten regionale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zusammen, die sich im Rahmen ihrer Arbeit für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele einsetzen. Dazu gehört u. a. die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau.

Aktionskreis UN-Millenniumziele

Landeszentrale für politische Bildung RLP
Dr. Rüdiger Schlaga / Referat 3
Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz
Tel.: 06131 / 16 29 77
ruedeger.schlaga@politische-bildung-rlp.de
www.millenniumziele-mainz.de

Das „Aktionsbündnis UN-Millenniumsziele“ informiert und mobilisiert Bürgerinnen und Bürger in Bremen. Ihm gehören u. a. „Brot für die Welt“/Diakonisches Werk, die Norddeutsche Mission und die Evangelische StudentInnen-gemeinde an.

Bremer Aktionsbündnis UN-Millenniumsziele

c/o Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk
Breitenweg 25, 28195 Bremen
Telefon: 0421 / 32 60 45
millenniumsziele@ben-bremen.de
www.millenniumsziele-bremen.de

Weiterführende Informationen

- www.un.org/millennium-goals
UN-Portal zu den Millenniums-Entwicklungszielen, u.a. „The Millennium Development Goals Report 2010“ und Bericht von Ban Ki-moon „Keeping the Promise“
- www.un.org/en/mdg/summit2010
Internetseite zum Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im September 2010
- www.mdgmonitor.org
Informationsservice der Vereinten Nationen zur Situation in einzelnen Ländern
- www.ekd.de/download/ekd_texte_81.pdf
„Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung“
Stellungnahme der EKD zum Millennium+5-Gipfel
- www.venro.org/fileadmin/Presse-Downloads/2010/Juni_2010/DSGA_MDG_Bericht_5.single.pdf
„5 vor 2015. Zeit für einen Aktionsplan zur Erreichung der MDG. Empfehlungen der Zivilgesellschaft an die Bundesregierung“



Eine Erinnerung an unsere christliche Verpflichtung, zur Durchsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele beizutragen

Biblische Besinnung über 2. Korinther 8, 13-15

Im Jahr 2000 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen feierlich eine Erklärung über die Entwicklungsziele im neuen Jahrtausend, die Millenniumserklärung. Nie zuvor gab es eine so breite Basis für eine gemeinsame Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz, Achtung vor der Natur und gemeinsam getragene globale Verantwortung. Staats- und Regierungshäupter wollten bis zum Jahr 2015 mit ganz konkreten Zielen zu einer gerechteren, friedlicheren und nachhaltigen Entwicklung unserer Welt beitragen.

Jedes Kapitel der Erklärung beginnt mit den Worten: „Wir werden/dürfen keine Mühe scheuen.“ Der aktuelle Bericht der Vereinten Nationen zu den Millenniumszielen sagt uns über das, was wir bisher erreicht haben: „Es ist aber auch klar, dass wir das Leben der Armen nur inakzeptabel langsam verbessert haben. Einige hart errungene Erfolge sind durch den Klimawandel sowie die Nahrungs- und Wirtschaftskrise gefährdet worden.“ Wir müssen hinzufügen: In weiten Teilen der Welt gibt es überhaupt keine Verbesserung!

Wie gehen wir als Kirche Christi mit dieser Situation um?

Immerhin war es doch eine starke ökumenische Gemeinschaftsleistung, die zur Erlassjahr-Kampagne beigetragen hat und im Jahr 2000 weltweit so viel Aufmerksamkeit erzeugte. Das Zustandekommen der Millenniumserklärung wird maßgeblich auch darauf zurückgeführt.

Gewiss, ökumenische Diakonie und kirchliche Entwicklungsdienste bemühen sich nach Kräften, mit ihren Partnerorganisationen den Menschen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa zu einem selbstbestimmten Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Würde zu verhelfen. Und auch viele Kirchengemeinden und Eine-Welt-Gruppen sind aktiv.

Aber ist es nicht auch in kirchlichen Kreisen eher still geworden um die berühmten Millenniums-Entwicklungsziele? Und sind wir nicht eher mit Sparprogrammen und Reorganisation beschäftigt?

In dieser Situation sei uns der Kollektenbrief des Paulus an die Gemeinde in Korinth in Erinnerung gerufen. Der Apostel wendet sich in zwei langen Kapiteln (2 Kor 8 und 9) der enthusiastischen und quirligen Gemeinde zu, um sie zu einer großzügigen Sammlung für die in Not geratene Urgemeinde in Jerusalem zu bewegen. Alle Register zieht er, um die ökumenische Solidarität zu wecken. Die Bereitschaft Jesu Christi, um der Korinther willen arm zu werden, damit sie durch seine Armut reich würden, wird in Erinnerung gerufen. Der Segen einer solchen Sammlung als Beweis für die Realität eines neuen Lebenswandels wird von Paulus beschworen, ebenso die Weisheitstradition: „Wer da kärglich sät, wird auch kärglich ernten, und wer da sät im Segen, der wird auch ernten im Segen.“

Und schließlich argumentiert Paulus auch mit der Erfahrung des Volkes Israel auf dem mühevollen Wüstenweg in die Freiheit: „Nicht, dass die anderen gute Tage haben sollen und ihr Not leidet, sondern dass es zu einem Ausgleich komme. Jetzt helfe euer Überfluss ihrem Mangel ab, damit danach auch ihr Überfluss eurem Mangel abhelfe und so ein Ausgleich geschehe, wie geschrieben steht (2. Mose 16,18): „Wer viel

sammelte, hatte keinen Überfluss, und wer wenig sammelte, hatte keinen Mangel.“

Wer die Geschichte vom Manna und den Wachteln liest, erfährt, dass der von einigen gesammelte Überschuss über das für den Tag Notwendige hinaus verrottete, und so heißt es folgerichtig im Gebet des Herrn: „Unser tägliches Brot gib uns heute!“

Nein, es geht nicht darum, dass wir Mangel leiden. Von uns wird keine Askese verlangt. Der Unterschied in den Einkommensverhältnissen zwischen reichen und armen Ländern und vor allem bei den elementar notwendigen Dingen des täglichen Lebens ist aber so groß, dass er von uns als Sünde benannt werden muss und wir gegen ihn vorgehen müssen.

Es ist uns vom Evangelium nicht freigestellt, hier entweder das uns Mögliche zu tun oder aber die Hände in den Schoß zu legen.

Was können wir also tun?

Wir können Kollekten und Spenden zur Verfügung stellen.

Wir können uns bei Bundestagsabgeordneten dagegen wehren, dass Entwicklungspolitik immer stärker unter dem Aspekt einer für uns (scheinbar) günstigen Sicherheit betrieben wird.

Wir können den Markt des Fairen Handels erweitern, sind auch durchaus in der Lage, in unseren Kirchen zu ethischen Geldanlagen im großen Stil und zu einem koordinierten ökosozialen Beschaffungswesen zu kommen.

Gemeinden können Kirchenleitungen dazu bewegen, ihr „Wächteramt“ wahrzunehmen und auf höchster politischer Ebene Druck auszuüben, damit faire Finanz- und Handelsbeziehungen durchgesetzt werden, arme Länder entschuldet und die Reichen dieser Welt zur sozialen Verantwortung gerufen werden.

Jede und jeder kann sich in Wort und Schrift und Tat gegen den unsinnigen Gebrauch

des Wortes „Leistungsgerechtigkeit“ wehren, weil es Leistung an völlig falschen Wertmaßstäben misst.

Jeder Beitrag ist wichtig und in den Augen Gottes wert geachtet. Jede und jeder von uns ist eine Botschafterin beziehungsweise ein Botschafter des Evangeliums, das konkret wird im Teilen dessen, was Gott uns allen geschenkt hat.

Gebe Gott, dass wir auch angesichts widriger Zeitläufe nicht resignieren. Amen

Liturgischer Teil:

L: Wir sind versammelt im Namen Gottes, des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.

G: Amen.

L: Lesung Psalm 24, 1-6 (EG 711.1)

G: Lied EG 352 „Alles ist an Gottes Segen und an seiner Gnad gelegen“

L: Lesung von 2. Mose 16, 1-21

G: Lied EG 428 „Komm in unsre stolze Welt“

L: Biblische Besinnung über 2. Korinther 8, 13-15

G: Lied EG 432 „Gott gab uns Atem, damit wir leben“

G: Vater unser im Himmel

G: Lied EG 260 „Gleich wie mich mein Vater gesandt hat, so sende ich euch“

L: Segen



Die Finanztransaktionssteuer soll helfen, die Armut zu beseitigen

Anregung der Kampagne „Steuer gegen die Armut“



Am 16. Juni 2010 veröffentlichte der Bundestags-Pressedienst eine Erklärung mit der Überschrift: „Jetzt zu unseren Versprechen stehen – nicht mit leeren Händen nach New York.“ Die Obleute aller (!) Parteien im Unterausschuss „Vereinte Nationen und Globalisierung“ des Deutschen Bundestags verlangten darin von der Bundesregierung, „dass unser Beitrag zur Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele verlässlich geleistet wird“. Freilich: Der Aufruf enthält keinen Hinweis, woher das Geld für die wichtige und richtige Forderung kommen soll.



Hier kommt die Kampagne „Steuer gegen Armut“ ins Spiel: Wir schlagen vor, dass auch bei der Weltfinanzkrise das Verursacherprinzip angewendet wird: Wer den Schaden angerichtet hat, soll ihn auch beseitigen. Deshalb muss jede börsliche Finanztransaktion mit einer Ministeuer von 0,05 Prozent belegt werden. So könnten europaweit zweistellige, weltweit dreistellige Milliardenbeiträge zusammen kommen, die zur Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele verwendet werden könnten.

Nun haben Sie vielleicht gehört, dass die Regierungen inzwischen die erste Kampagnenforderung, die Einführung einer Transaktionssteuer, in Europa umsetzen wollen. Leider stehen dahinter andere Beweggründe: Die Regierungen wollen so Haushaltsdefizite senken. Die Armen blieben (mal wieder) außen vor. Das können und wollen wir nicht zulassen.

Bitte unterstützen Sie uns. Sie haben dazu zwei Möglichkeiten: Auf unserer Kampagnenwebsite www.steuer-gegen-armut.org können sie im Verzeichnis „Machen Sie mit“ Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Westerwelle auffordern, die Transaktionssteuer zur Finanzierung der Millenniumsziele zu nutzen.

Sie können außerdem der Facebook-Gruppe „Steuer gegen Armut“ beitreten. Hier sind inzwischen 5.000 Bürgerinnen und Bürger versammelt, die regelmäßig angemilt und informiert werden, wo und wann es Veranstaltungen der Kampagne oder konkrete Mitmachmög-

lichkeiten gibt. Unsere Mailingaktion im Mai an die Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass sich die Bundesregierung dazu durchrang, ab sofort für eine Finanztransaktionssteuer einzutreten.

Unterschätzen Sie nicht die Wirkung von Mails, Twitter, Mitgliedschaften in Facebook, Foren und Blogs! All das signalisiert unseren politischen Verantwortungsträger/innen, dass sich die Bevölkerung für eine Sache interessiert und engagiert. Und dass es Stimmen von Wählerinnen und Wählern bringen oder kosten könnte.

Pater Jörg Alt SJ

Vorschlag für eine Andacht

Begrüßung

Wir feiern diese Andacht im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.

Lied: „Wir strecken uns nach dir“
(EG, Regionalteil)

Gedanken I

(wahlweise mit Kyrie, z. B. Taizé 178.12)

1. Sprecher/in

Ich habe es satt, dass in dieser reichen Welt immer noch mehr als eine Milliarde Menschen hungern.

Ich sehne mich nach einer Welt, in der kein Kind hungrig schlafen gehen muss.

Alle: Kyrie eleison

2. Sprecher/in

Ich habe es satt, dass HIV/Aids sich weiter ausbreitet, dass Menschen an heilbaren Krankheiten sterben, weil Krankenhäuser, Ärzte, Ärztinnen und Krankenschwestern fehlen, weil Kranke nicht das Geld für medizinische Behandlung und Medikamente haben.

Ich sehne mich nach einer Welt, in der alle Kranken sich medizinisch versorgen lassen können, in der nicht das Geld entscheidet, ob ein Mensch krank bleibt oder gesund wird.

Alle: Kyrie eleison

3. Sprecher/in

Ich habe es satt, den Reichtum in den glitzernden Fassaden der Shoppingzentren und Banken zu sehen, während Schulen verkommen, und das Geld nicht ausreicht, um Lehrerinnen und Lehrer einzustellen; dass so viele Kinder und Jugendliche in der Welt überhaupt nicht zur Schule gehen können; dass der Geldbeutel der Eltern über die Bildungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen entscheidet.

Ich sehne mich nach einer Welt, in der alle Kinder zur Schule gehen können, in der Kinder und Jugendliche – egal, ob sie arme oder reiche Eltern haben – gleiche Chancen auf Bildung haben.

Alle: Kyrie eleison

4. Sprecher/in

Ich habe es satt, dass wir mit unseren Abgasen die Atmosphäre belasten und den Klimawandel verursachen, dass deswegen Quellen in Kenia versiegen, Überschwemmungen Felder in Bangladesch verwüsten und Menschen so ihre Lebensgrundlage verlieren.

Ich sehne mich nach einer Welt, in der es gelingt, dass wir so leben, dass andere leben können, dass wir die Wende zu erneuerbaren Energien und Energiesparen schaffen.

Alle: Kyrie eleison

5. Sprecher/in

... Bitte formulieren Sie selbst weitere Anliegen!

Lied: Komm' in unsre stolze Welt
(EG 428)



Gedanken II

Wir haben es satt. Wir können die herrschende Ungerechtigkeit nur schwer ertragen. Wir sind hungrig. Unsere Sehnsucht nach Gerechtigkeit wird nicht erfüllt. Es ist deprimierend, zu sehen, wie ungerecht diese Welt ist, trotz der Versprechen und Bemühungen der Politikerinnen und Politiker. So werden die von allen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 vereinbarten Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 in vielen Ländern nicht erreicht werden.

Was bleibt uns in dieser Situation? Was wird aus unserer Sehnsucht nach Gerechtigkeit? Ist es nicht am einfachsten, den Kopf in den Sand zu stecken? Nicht mehr hinzusehen, Armut und Not nicht mehr wahrzunehmen? Einfach das Schöne im Leben mitzunehmen und sich um die Ungerechtigkeiten dieser Welt nicht mehr zu kümmern? Die Hände in den Schoß zu legen, denn was kann ich ändern, wenn nicht einmal die Chefs der Regierungen erfolgreich sind?

Bei Matthäus in der Bergpredigt heißt es: „Selig sind, die da hungert und dürstet nach Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.“

Jesus sagt, dass nicht wir vollkommene Gerechtigkeit erschaffen können. Aber wenn wir den Hunger, den Durst, die Sehnsucht nach einer anderen, einer gerechten Welt spüren, dann leben wir im Sinne Jesu.

Uns wird wohl sein,

- wenn wir uns den Armen, den an den Rand Gedrängten zuwenden,
- wenn wir uns nicht mit der herrschenden Ungerechtigkeit abfinden,
- wenn wir uns nicht an das Leid und Elend gewöhnen,
- wenn wir die Ungerechtigkeit erkennen und uns gegen sie wenden,
- wenn uns die Sehnsucht nach einer anderen, besseren Welt erfüllt.
- ... Bitte formulieren Sie selbst weitere Punkte!

Diese Sehnsucht, dieser Durst und Hunger geben uns Kraft, immer wieder hinzusehen, die Not und das Elend wahrzunehmen, uns gegen die ungerechten Zustände starkzumachen und aufzulehnen – mit unseren Möglichkeiten, in unserem Bereich.

Dieser Durst und Hunger lässt uns nicht schweigend und untätig zusehen,

- wenn mit billigen Milchexporten aus der EU die Landwirtschaft in Entwicklungsländern zerstört wird (Symbol: Milchpackung und Brotkorb),
- wenn Politiker und Politikerinnen ihren Ankündigungen nicht gerecht werden (Symbol: auf Pappschild gemalte Sprechblase),
- wenn Unternehmen Milliarden an Medikamenten verdienen und Menschen sterben, weil sie Medikamente nicht bezahlen können (Symbol: Medikamentenpackung, Spritze),
- wenn die Rechte von Frauen getreten werden (Symbol: Paragraphenzeichen),
- wenn die Wende zu einer klimaverträglichen Energieversorgung blockiert wird (Symbol: Thermometer),
- wenn Geld für Waffen statt für Schulen ausgegeben wird und Kinder von armen Eltern kaum Bildungschancen haben (Symbol: Schulbuch),
- wenn die Kluft zwischen reich und arm immer größer wird (Symbol: großer und kleiner Geldbeutel).
- ... Bitte formulieren Sie selbst weitere Punkte!

Wir wissen auch, dass wir nicht allein sind mit diesem Durst und Hunger nach Gerechtigkeit. Es gibt viele Menschen – in unserer Gemeinde, in Deutschland, in der Welt – die von einer anderen Welt beseelt sind. Sie stecken uns und andere an mit ihren Visionen, ihrem Einsatz und ihrer Zähigkeit. Auch wir können andere Menschen mitnehmen und gemeinsam viel verändern.

Wir wissen auch, dass allein Gott unseren Hunger nach erfüllender Gerechtigkeit vollkommen sättigen kann und wird.

Diese Zusage und diese Hoffnung befreien uns, lassen uns aber auch jetzt schon anpacken und das Unrige tun; nehmen uns die Last zu denken, dass wir es richten müssen; ermöglichen uns, nach Scheitern und Rückschlägen immer wieder aufzustehen, neu zu beginnen – für eine gerechtere Welt.

„Der Christ hat sein Betätigungsfeld in der Welt. Hier soll er anfassen, mitschaffen und wirken, hier den Willen Gottes tun. Und darum ist der Christ nicht resignierter Pessimist, sondern



einer, der freilich von der Welt weniger erhofft – die Welt vergeht –, der aber von Gott alles erhofft und darum schon in der Welt freudig und heiter ist.“

Dietrich Bonhoeffer

Lied: Gott gab uns Atem (EG 432)

Gebet

Gott wir bitten dich,
gib uns
Hoffnung, wo Hoffnungslosigkeit ist,
Kraft, wo Schwachheit lähmt,
Unruhe, wo Gewohnheit herrscht,
eine Stimme, wo Schweigen verdeckt,
Bewegung, wo Stillstand verhindert.

Gott wir bitten dich,
gib
Brot für die, die hungern müssen,
und Hunger nach Gerechtigkeit
für die, die Brot haben.
Amen
Vater unser ...

Segen

Herr,
sei über uns und segne uns,
sei unter uns und trage uns,
sei neben uns und stärke uns,
sei vor uns und führe uns.
Sei du die Freude, die uns belebt,
die Kraft, die uns erfüllt,
das Vertrauen, das uns stärkt,
die Liebe, die uns begeistert,
der Mut, der uns beflügelt.
Im Namen des Vaters, des Sohnes
und des Heiligen Geistes.
Amen.

Lied: Bless the Lord my soul, Taizé



Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.

Ulrich-von-Hassell-Str. 76
53123 Bonn
Telefon: 0228 - 8101 - 0
www.eed.de



Brot für die Welt

Staffenbergstr. 76
70184 Stuttgart
Telefon: 0711 - 2159 - 0
www.brot-fuer-die-welt.de